

Resignation und Widerstand

Die allgemeine Krise und ihre Auswirkung auf das Bildungssystem sind keineswegs überwunden

Seit 2012 fahren wir von der gewerkschaftlichen Solireise-gruppe „Gegen Spardiktate und Nationalismus“ nach Griechenland (siehe auch hlz 12/91: „Im Abwärtsstrudel“). Wir wollen damit Solidarität von unten ausdrücken, von der Situation der Kolleg_innen berichten und ein Gegenbild zur veröffentlichten Meinung herstellen.

Nach fast zwei Jahren pandemiebedingter Pause haben wir im Oktober 2021 die direkten Kontakte zu unseren griechischen Freund_innen und Kolleg_innen wieder aufgenommen. Unsere Solidaritätsreise Ende Oktober führte uns schwerpunktmäßig nach Athen. Veranstaltungen, Infogespräche und Diskussionen vermittelten uns einen Einblick in die innenpolitischen Verhältnisse Griechenlands, in die abnehmende Kraft der Gewerkschaften, in die Schwierigkeiten von sozialen und politischen Initiativen des Widerstandes, in die Ratlosigkeit auf Seiten der gesamten „Linken“, die an Mobilisierungsfähigkeit verloren hat, auch wenn es immer wieder erstaunliche Ausnahmen gibt, die diesem Abwärtstrend entgegenstehen.

In diesem Jahr war auch eine Krankenschwester der Berliner Krankenhausbewegung dabei, die von ihrem erfolgreichen Kampf berichten konnte. Das empfanden unsere Athener Kolleg_innen sehr positiv, nach all den Jahren der endlosen Niederlagen. So konnten wir sie auch mal etwas aufbauen, nachdem sie früher uns immer aufgebaut hatten.

Schon zu Anfang unseres Aufenthaltes – wir wohnten in Ex-

archia – fiel uns die gesteigerte Polizeipräsenz im Verhältnis zu den Besuchen vergangener Jahre auf. Ständig patrouillierten die berüchtigten und gefürchteten Dias-Einheiten der Polizei in diesem als widerständig geltenden Bezirk. Vier oder fünf Motorräder, mit jeweils zwei Polizisten besetzt, überwachen Plätze, Straßen und Gassen von Exarchia und versuchen ein Klima der Einschüchterung zu schaffen, stets bereit, gegen Straftaten, Ordnungswidrigkeiten und Unmutsbekundungen einzuschreiten. Viele in diesen Polizeieinheiten haben eine überwiegend rechtsextrem-rassistische Einstellung. Sie fungieren eher als Schlägertruppe denn als „Ordnungshüter“.

Aus zahlreichen Gesprächen am Rande unserer Treffen und Veranstaltungen erfuhren wir von unseren Gastgeber_innen, dass es vor allem die Brutalität und Willkür der Polizei war, die in den letzten Monaten zu größeren Mobilisierungen geführt hatte; es strömten wieder mehr Menschen auf die Straßen als in den Monaten zuvor und als zu den traditionellen sozialen und gewerkschaftlichen Themen.

Das soziale Elend wächst

Auch wenn in den deutschen Medien kaum noch über die soziale Misere in Griechenland berichtet wird, sie ist nicht beseitigt. Im Gegenteil – wie wir aus persönlichen Gesprächen erfuhren. Bezeichnend die Angst fast aller Athener Freund_innen vor dem anstehenden Winter. Wurden die Zentralheizungen in den meisten Athener Wohnhäusern in den vergangenen Jahren

wenigstens für zwei Stunden am Abend angeworfen, so wird dies wohl künftig auch wegfallen. Kaum eine Hausgemeinschaft ist noch in der Lage, die rapide gestiegenen Energiekosten aufzubringen, um ihre Zentralheizung zu befeuern.

Unsere Treffen mit Gewerkschaftsvertreter_innen aus den Krankenhäusern, aus den privaten Kliniken und Heimen und mit dem gewerkschaftlichen Verband der Ärztinnen und Ärzte Attikas legen Zeugnis davon ab, welche Folgen die Coronapandemie für das chronisch unterfinanzierte Gesundheitswesen hatte. Betroffen sind vor allem normale, sprich: ärmere Patient_innen und die Beschäftigten. Die Regierungsmaßnahmen zielen auf weitere Einsparungen im Gesundheitssektor und verschlimmern deren Misere.

Ein weiteres Beispiel ist die Lage der Bevölkerung auf der Insel Euböa. Die verheerenden Waldbrände des Sommers und die anschließende Überflutung haben zahlreichen Einwohner_innen die Existenzgrundlage geraubt. Verantwortlich für das Ausmaß der Waldbrände waren auch hier die Sparmaßnahmen der vergangenen Jahre in der Wald- und Forstwirtschaft und vor allem bei der Feuerwehr.

Die Zunahme des sozialen Elends stößt auf einen in den letzten Jahren zurückgegangenen Widerstand. Die Beschäftigten sind enttäuscht und ermattet durch die Erfolglosigkeit der Abwehrkämpfe des letzten Jahrzehnts. Ihre Gewerkschaften wurden geknebelt durch die schrittweisen Verschärfungen im Arbeits- und Sozialrecht; ihre

Möglichkeiten werden mit einem neuen Gewerkschaftsgesetz weiter beschnitten – auch hier, wie im Demonstrationsrecht, nach deutschem Vorbild.

Schulreform wie bei Thatcher

Die Grundschullehrerin Vasia haben wir bei allen unseren bisherigen Reisen getroffen. Sie hat seit Dezember '19 eine kleine Tochter. Seit September dieses Jahres arbeitet sie wieder an einer Grundschule, zur Zeit in neun Klassen mit etwa 200 Kindern.

Am Montag, den 11. Oktober hatte es einen landesweiten Lehrer_innenstreik gegen das neue Evaluierungsgesetz gegeben. Die Beteiligung war enorm: landesweit etwa 75 Prozent, in einigen Bezirken Athens bis zu 95 Prozent.

Das neue Evaluierungsgesetz für die Schulen beschloss das Parlament im Juli, mitten in den Ferien. Es sieht vor, dass die Schulen nach einem am Jahresanfang aufgestellten pädagogischen Plan am Jahresende beurteilt werden. Wohlgermerkt: Es geht nur um den Unterricht, nicht um die Ausstattung der Schulen, das Lernmaterial, den Zustand der Schulgebäude usw., also die Bedingungen, unter denen Unterricht stattfindet. Zeugnisse werden eine große Rolle dabei spielen. Zu diesem Zweck wird jetzt am Ende der Grundschulzeit, d.h. der sechsten Klasse, eine Abschlussprüfung durchgeführt. Die Prüfung ist zentral, auch die Korrekturen werden zentral erfolgen.

Ziel der Evaluation ist die Erstellung eines Rankings. Dieses Ranking wird dann die Grundlage für die Finanzierung der Schulen bilden: Schulen auf den vorderen Plätzen werden in Zukunft mehr Mittel erhalten, die hinteren weniger. Die Schulen am Ende der Skala sollen sich um externe Sponsoren bemühen! Passend dazu wurde die wohnortbezogene Schulwahl



Foto: M. Klingele

Die gewerkschaftliche Solireservegruppe im Gespräch mit griechischen Kolleg_innen

abgeschafft, so dass Eltern ihre Kinder in anderen Stadtteilen anmelden können.

Eine solche Evaluation richtet sich eigentlich nicht gegen die Lehrkräfte, sondern gegen die Schulen und vor allem gegen die Kinder. Das Ganze ist eine Kopie des englischen Modells, das unter Margaret Thatcher eingeführt wurde.

2014 versuchte die konservative Samaras-Regierung schon einmal eine solche Evaluation einzuführen, scheiterte aber am geschlossenen Widerstand der Gewerkschaften. Damals gab es auch eine allgemeine Widerstandsstimmung und die Regierung stand kurz vor ihrer Ablösung durch Syriza. Aber auch unter Syriza gab es Evaluationspläne, die aber nicht mehr rechtzeitig in eine Gesetzesfassung gebracht werden konnten.

Im Moment evaluieren die Schulen noch selbst auf speziellen Evaluationskonferenzen. Im September wurden die vielerorts boykottiert, weshalb die Regierung diese Boykotte für illegal erklärte.

Die Grundschullehrergewerk-

schaft DOE bereitet jetzt als nächsten Kampfschritt einen Standardevaluationsbericht vor, den alle Konferenzen abgeben sollen. Die Schulleitungen können den nicht einfach ablehnen, weil sie die Zustimmung der Konferenz brauchen.

Der Widerstand ist zwar jetzt auch groß, aber das gesellschaftliche Klima ist anders. Es gibt keinen allgemeinen Widerstand mehr, die Gewerkschaftsbewegung insgesamt liegt am Boden, die Regierung ist aggressiv-reaktionär und findet Zustimmung. So ist zu befürchten, dass diesmal die Evaluation durchgesetzt wird.

Wie es mit der Wertschätzung der Bildung seitens der Regierung aussieht, mag folgende Statistik erhellen: a) Zwischen 2010 und 2016 wurden für jeden Polizisten, der aus dem Dienst ausschied, zwei Polizisten eingestellt. b) Zwischen 2010 und 2019 wurde für jeweils 77 Lehrer_innen, die aus dem Dienst ausschieden, eine neue Lehrkraft eingestellt.

MANFRED KLINGELE
BG Ruheständler